



Überwachung? Aber gerne!

Wir stellen uns ins Netz: Kamera in der Brille, Ortung und Herzfrequenz per Armband. Seite 27

Fotos: CC/Mikepanhu (L), huawei.com (r.)

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 28./29. Juni 2014

69. Jahrgang/Nr. 148

Berlinausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Einig im Irrtum

Katja Herzberg über falsch verstandene Demokratie in der EU

Fast alle wollten ihn, nun bekommen sie ihn auch: Jean-Claude Juncker wird neuer EU-Kommissionspräsident. Die Staats- und Regierungschefs haben ihn zu ihrem Kandidaten bestimmt. Das Parlament hatte sich bereits vor Wochen auf ihn festgelegt und seine Nominierung gefordert. Juncker braucht nun nur noch bei der Wahl am 16. Juli im Parlament zu erscheinen. Lediglich David Cameron, Viktor Orbán, ein paar Europaabgeordnete aus dem linken wie rechten Lager und einige EU-Bürger wird das grämen. Die Machtbesitzenden sind sich nach wochenlangem Gezerre einig geworden, aber – und das ist der eigentliche Grund zur Sorge – nur in ihrem Irrtum, als Sieger daraus hervorgegangen zu sein.

Denn das Parlament hat keinesfalls einen Sieg der Demokratie errungen, sondern einen, den kein Mensch braucht. Weder steht Juncker für einen Neuanfang, noch lassen die Mehrheitsverhältnisse im neuen EU-Parlament auf progressive Impulse hoffen. Mehr Einfluss hat es im Übrigen auch nicht, nur weil es Juncker durchsetzen half. Der wird die Unterstützung schon bald vergessen haben.

Die Macht in der EU liegt weiterhin beim Rat, auch wenn dessen Ansehen erneut gelitten hat. Schlimmer noch: Der »Brexite« ist wieder ein Stück näher gerückt.

Für die Zukunft der EU verheißt dieser Auftakt einer neuen Legislaturperiode nichts Gutes. Die Menschen, die diese EU schon jetzt satt haben, können sich bestärkt fühlen. Die Frage bleibt, wie viele von ihnen in den nächsten Jahren einig für ein anderes Europa streiten werden.

UNTEN LINKS

Im Supermarkt säuselte früher sogenannte Muzak, während man mit dem Einkaufswagen durch die tristen neonerleuchteten Gänge trottete, funktionale Musik, deren Zweck darin bestand, den Verstand lahmzulegen, zumindest für die Dauer der wichtigsten Verrichtung, für die man auf der Welt ist: den Einkauf. Wer nicht einkauft, schafft kein Wirtschaftswachstum, sein Leben ist sinnlos. Heute ertönt schmissiges Liedgut aus den unsichtbaren Lautsprechern. »I can't get no ... satisfaction!«, knödelte es neulich, als ich nach einer Packung Erdnüsse griff. Ah, kam es mir in den Sinn, ist das nicht das knuffige Widerstandslied dieser Schlagercombo, die heute dem Volkswagenkonzern gehört? Nicht auszuschließen, dass zur Erbauung und Bespaßung der Kundschaft morgen »No Fun« von den Stooges erklingt: »No fun to hang around / Feeling that same old way / No fun.« Oder irgendwas Heiteres von The Clash: »I'm all lost in the supermarket / I can no longer shop happily.« tbl



Angriff auf das Streikrecht

Eckpunkte der Koalition für Gesetz über »Tarifeinheit« sorgen für Empörung

Berlin. Die Vereinigung Cockpit und der Deutsche Journalisten-Verband sind hell empört; Linksparteichef Bernd Riexinger spricht von einem »Angriff auf das Streikrecht und die Verfassung«. Die Bundesregierung macht offenbar mit Plänen zu einer gesetzlichen Regelung für Gewerkschaften» eingeführt, kritisiert die Ärzteorganisation Marburger Bund. Während große Gewerkschaften weiterhin Tarifverträge schließen und ihre Mitglieder zum Streik aufrufen können, wären die Tarifarbeit und das Streikrecht kleinerer Organisationen faktisch ausgehebelt.

Die Große Koalition begründete ihre Pläne damit, gegen »innerbetriebliche Verteilungskämpfe« vorgehen zu wollen. Die Eckpunkte sollen kommenden Mittwoch im Kabinett beschlossen werden, ein Gesetzentwurf könnte im Herbst folgen. Die Berufsgewerkschaften sehen darin einen Versuch, sie auszuschalten. »Uns soll jeder eigene Handlungs- und Gestaltungsspielraum in tarifpolitischen Belangen genommen werden«, warnte Arztvertreter Rudolf Henke. Die Eckpunkte würden sich »wie eine Kopie der Forderungen der Bundesregierung der Deutschen Arbeitgeberverbände« lesen, so Pilotengewerkschafter Ilja Schulz.

Zunächst hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund mit der Unternehmerlobby noch gemeinsam für die Tarifeinheit plädiert, war dann aber davon abgerückt. Auf seinem Bundeskongress im Mai hatte der DGB die Bundesregierung aufgefordert, ihre Pläne zur Tarifeinheit fallen zu lassen – wenn dabei »das Streikrecht oder die verfassungsrechtlich geschützte Tarifautonomie« beeinträchtigt würden. Genau das könnte nun geschehen.

Die Regierung wolle das Recht, »sich frei in einer Gewerkschaft zu organisieren«, drastisch einschränken, warnt LINKE-Chef Riexinger. Er vermutet einen »schmutzigen Deal Mindestlohn gegen Beschneidung des Streikrechts«. vk Seite 5

Fotos: dpa/Arno Burgi, dpa/Daniel Naupold, dpa/Boris Roessler

EU-Rat nominierte Juncker als Chef der Kommission

Cameron unterlag bei Gipfel-Votum

Brüssel. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder haben sich bei ihrem Treffen in Brüssel auf die Nominierung des konservativen Jean-Claude Juncker für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten geeinigt. Das teilte EU-Ratschef Herman Van Rompuy am Freitagnachmittag über den Kurznachrichtendienst Twitter mit. Damit ist der wochenlange Streit um die Personalie beendet. Über weitere EU-Spitzenämter wie das des Außenbeauftragten soll bei einem EU-Sondergipfel nach der Wahl Junckers durch das Europäische Parlament am 16. Juli entschieden werden. Die Zustimmung gilt als sicher.

Juncker war Spitzenkandidat der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) bei der Europawahl Ende Mai. Da sie stärkste Kraft wurde, beanspruchten die EVP-Abgeordneten den Posten für den luxemburgischen Ex-Ministerpräsidenten. Der konservative, aber nicht mit seinen Tories in der EVP vertretene britische Premier David Cameron lehnte dies ab. Bei der nun von ihm selbst eingeforderten Abstimmung im Europäischen Rat erreichte er nicht die nötige Sperrminorität. Nur Cameron und der rechtskonservative Viktor Orbán lehnten laut Diplomaten Juncker ab.

Nachdem die EU-Staatenlenker am Mittwoch in Ypern an den Ersten Weltkrieg erinnerten, standen am zweiten Tag des Juni-Gipfels auch die Unterzeichnung mehrerer Assoziierungsabkommen an. Die Regierungschefs Georgiens und der Republik Moldau unterstrichen mit ihrer Unterschrift ihren EU-Beitrittswunsch.

Thema war auch die Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik. Wie es in dem Entwurf für eine Erklärung des EU-Gipfels heißt, wollen sich die EU-Staatenlenker weiter an die Stabilitätsregeln halten. Agenturen/nd Seite 7

72 Stunden mehr Waffenruhe für die Ostukraine

Assoziierung mit EU unterzeichnet

Kiew. Die Verlängerung der Waffenruhe um 72 Stunden bis zum 30. Juni habe der ukrainische Präsident Petro Poroschenko während seines Besuches in Brüssel zugesagt, berichtete am Freitag die Agentur UNIAN unter Berufung auf EU-Diplomaten. Diese Maßnahme würde der russischen Seite die Möglichkeit geben, Waffenlieferungen an die Milizen im abtrünnigen Osten des Landes zu stoppen und Geiseln frei zu bekommen. Andernfalls droht die EU mit Sanktionen. Eine endgültige Entscheidung wollte Poroschenko am Abend nach Konsultationen mit dem Sicherheitsrat in Kiew treffen.

Beim EU-Gipfel hatten am Vormittag die europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel mit der Ukraine nach dem politischen auch den Wirtschaftsteil eines Assoziierungsabkommens unterzeichnet. Der Präsident Poroschenko bat dabei die EU um eine Zusage für eine spätere Mitgliedschaft, sofern sein Land die Voraussetzungen erfülle. In einer »einseitigen Erklärung« betonte er, dass die Ukraine mit ihrer Unterschrift unter das Abkommen ihre »souveräne Entscheidung für eine künftige Mitgliedschaft in der EU« unterstreiche. Moskau, das die Unterzeichnung lange zu verhindern gesucht hatte, warnte erneut vor »sehr ersten Folgen«.

Aus dem Osten der Ukraine wurden erneut bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Milizen der abtrünnigen Regionen Donezk und Lugansk mit Formationen der Kiewer Zentralmacht und Todesopfer gemeldet. Als förderlich für eine Verlängerung der Feuerpause wurde aber die Freilassung von vier Ende Mai entführten Beobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Nacht zu Freitag gewertet. Agenturen/nd Seite 6

Verfassungsschutz lässt EFI aufs Internet los

Der Inlandsgeheimdienst richtet die elektronische Überwachung strategisch und organisatorisch neu aus

Trotz der Besorgnisse und Proteste ob der NSA-Spionagepraktiken bauen die deutschen Dienste ihre elektronischen Ausspähfähigkeiten aus. Der Verfassungsschutz installiert EFI.

Von René Heilig

So wie der Bundesnachrichtendienst seine Fähigkeiten der elektronischen Aufklärung ausbaut – in den kommenden sechs Jahren bekommt der Dienst 300 Millionen Euro zusätzlich – so verwickelt auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) seit langem bestehende Überlegungen. Die Informationssammlung und Auswertung in Bezug auf das Internet soll »eine strategische und organisatorische Neuaufstellung« erfahren, heißt es im Konzept namens »Erweiterte Fachunterstützung Internet«, kurz EFI.

Bereits seit April besteht ein EFI-Aufbaustab. Ziel der neuen Referatsgruppe 3C, die aus sechs Referaten mit 51 Planstellen besteht,

ist die »Verbesserung und der Ausbau der Telekommunikationsüberwachung von internetgestützter Individualkommunikation« nach Artikel 10 des Grundgesetzes.

Es geht um die strategische, technische und rechtliche Entwicklung neuer Methoden der Informationsauswertung und -analyse und eine zentralisierte Analyse aller im BfV vorhandenen Daten. Dabei setzt man zum einen auf die Kompetenz des Strategie- und Forschungszentrums Telekommunikation, das im Bereich des Bundesinnenministeriums bereits 2011 gebildet wurde.

Zum anderen will der Verfassungsschutz die Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) mit dem System »Perseus« ausbauen. Das betreffe sowohl die Aufbereitung der klassischen Telefonie (Sprache, Telefax, SMS) wie die Internetkommunikation (E-Mail, Chatprotokolle, Websessions und Datentransfere). Man setzt auf automa-

tisierte Bearbeitung, hat aber auch andere Entschlüsselungswerkzeuge zur Verfügung.

An den Standorten Köln und Berlin werden spezielle Analysestellen geschaffen. Sie bedienen

»Das BfV treibt die Fortentwicklung zu einem modernen Inlandsnachrichtendienst konsequent voran.«

Aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht

das gesamte BfV-Spektrum – Rechts wie Links sowie Ausländerextremismus und Islamismus.

Neben der herkömmlichen anschlussbasierten Überwachung will man »darüber hinausgehende TKÜ-Varianten« nutzen. Dazu zwingt die »Nomadisierung« des Nutzerverhaltens, die Internatio-

nalisierung der angebotenen Dienste, die Verschlüsselung der Kommunikation sowie die mangelnde Verpflichtbarkeit ausländischer Provider«. Das deutet auf den Einsatz von Trojanern hin. Formulierungen wie »konspirative informationstechnische Überwachungsmaßnahmen« von Online-Diensten (Server-TKÜ, Foren-Überwachung und E-Mail-TKÜ) deuten gleichfalls auf erweiterte Fähigkeiten hin.

Vorgesehen sind Austausch und Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden. Dabei ist in der EFI-Konzeption keine nationale oder inhaltliche Begrenzung erwähnt. Das BfV verweist auf die durch den Grundgesetzartikel 10 gegebene rechtliche Begrenzung. Doch wie im NSA-Dokument vom Januar 2013 zu lesen ist, sind deutsche Dienste bereit, »Risiken« einzugehen bei der Anwendung der G-10-Vorschriften. Im Gegenteil, sie suchten auch, so die NSA, nach »neuen Möglichkeiten« der Zusammenarbeit.

ISSN 0323-4940

